



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 21.10.2013

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler
Herr Erster Bürgermeister Wersch

ohne TOP 7 bis 9
TOP 7 bis 9

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Etzinger
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Hummler
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber

entschuldigt:

Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Frau Christ, Stadtplanungsamt Ab TOP 3
Herr Dobler, Baubetriebsamt Bis TOP 6
Frau Fischer, Personalrat
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz Bis TOP 6
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Merkle, Baubetriebsamt Bis TOP 6
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Reining, Personalstelle
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Simon, Hauptamt

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Aufhebung Sperrvermerk Städtebauförderungsprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"	178/2013
3.	Aufstellung des Bebauungsplans "Sana Kreisklinik"	179/2013
4.	3. Änderung des Flächennutzungsplanes 2020 - Billigung und Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB - Antrag der Stadt Biberach und der Gemeinde Eberhardzell auf Aufnahme weiterer Flächen in den Änderungsentwurf	182/2013
5.	Antrag CDU-Fraktion: Durchführung einer Bürgerversammlung zum Thema Energiewende	188/2013
6.	Anträge der CDU-Fraktion: 1. Mehr Sensibilität für Sauberkeit 2. Pflege des öffentlichen Grüns in der Stadt	189/2013
7.	Bericht zur Haushaltsplanentwicklung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Biberach - III. Quartal 2013	183/2013
8.	Annahme von Schenkungen und Spenden für das 3. Quartal 2013	186/2013
9.1.	Bekanntgaben - Geschwindigkeitshinweise auf Fahrbahnen	AT 19/2013
9.2.	Bekanntgaben - Antrag zur Drucksache Nr. 174/2013 und 175/2013 - Märkte	AT 23/2013
9.3.	Bekanntgaben - Grundsteuersenkung - Antrag der FDP-Fraktion vom 04.10.2013	AT 24/2013
9.4.	Bekanntgaben - Zebrastreifen in der Birkendorfer Straße zum Kindergarten Alleenstraße - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.10.2013	AT 25/2013
10.1.	Verschiedenes - Lärmaktionsplan	
10.2.	Verschiedenes - Sperrzeiten der Außenbewirtung	

Die Mitglieder wurden am 10.10.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 16.10.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Eine Frau erkundigt sich danach, wie weit das Thema Geschwindigkeitshinweise auf Fahrbahnen sei.

OB Zeidler stellt klar, der Tagesordnungspunkt stehe später nur als Bekanntgabe auf der Tagesordnung. Aktuell finde keine Beratung statt. Man müsse erst verschiedene Stellungnahmen einholen.

**TOP 2 Aufhebung Sperrvermerk Städtebauförderungsprogramm
"Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"**

178/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 178/2013 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Sperrvermerke bei HHSt. 02.6150.966000 (100) und 02.6150.967000 (100) werden aufgehoben.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 179/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte öffentlich im Bauausschuss am 14.10.2013. Daher wird auf einen Sachvortrag verzichtet.

StR Braig bringt vor, man habe das Thema im Klinik- und Sozialausschuss im Kreistag behandelt und der Berater habe die Meinung vertreten, es müsse ein Grundstück vorgehalten werden, das doppelt so groß sei, damit man bei Bedarf in 30 oder 35 Jahren einen weiteren Bau realisieren könne. Er bittet nicht zu vergessen, dass diese Klinik im Interesse aller bei Stadt und Kreis sei.

OB Zeidler stellt fest, es sei in aller Interesse, wenn eine neue Klinik entstehe. Das Grundstück biete jede Erweiterungsmöglichkeit.

StR Kolesch bringt vor, man sei sich im Bauausschuss einig gewesen, dass von der Stadt alles getan werde, damit dieses Projekt funktioniere. Nachfragen wie im Bauausschuss erfolgt müssten jedoch möglich sein, wenn ein Bieter im Angebot andere Zahlen genannt habe wie aktuell im Gespräch seien. Derartige Ausführungen müssten möglich sein, auch wenn die Entscheidung letztlich nicht dem Gemeinderat obliege.

StR Heinkele schließt sich diesen Ausführungen voll umfänglich an.

StR Weber gibt zu verstehen, die Versorgungssicherheit der Bürger liege am Herzen. Es sei klar gewesen, dass ein Neubau entstehe und wie dieser realisiert werde sei Sache der Sana Klinik AG. Es sei an ein Krankenhaus in Modulbauweise gedacht und letztlich die zur Verfügung stehenden zehn Hektar völlig ausreichend.

StR Braig meint, im Gremium bestehe ein Informationsdefizit. Die Abwicklung der Krankenhäuser in Riedlingen und Sigmaringen sei entscheidend für die Bettenanzahl in Biberach.

OB Zeidler erwidert, man habe gegenüber dem Kreis das klare Signal gegeben, dass man das Projekt in gutem Sinn gemeinsam entwickle. Miteinander werde etwas Gutes und Schönes entstehen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan Nr. 13-013 vom 25.09.2013 markierten Bereich, wird der Bebauungsplan "Sana Kreisklinik" gemäß § 1 Abs. 3 BauGB aufgestellt. Der Bebauungsplan wird im zweistufigen „Regelverfahren“ mit Umweltbericht durch das Büro FSP-Stadtplaner (Fahle), Freiburg im Auftrag der SANA Kliniken AG erstellt.

TOP 4 3. Änderung des Flächennutzungsplanes 2020
- Billigung und Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB
- Antrag der Stadt Biberach und der Gemeinde Eberhardzell auf Aufnahme weiterer Flächen in den Änderungsentwurf

182/2013

Dem Gemeinderat liegt die Drucksache Nr. 182/2013 zur Beratung vor. Die Vorlage ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt. Der Abwägungsvorschlag und die Begründung mit Umweltbericht und artenschutzrechtlicher Stellungnahme sowie der Planentwurf zur 3. Flächennutzungsplanänderung sind nicht angeschlossen, aber Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei einer Nein-Stimme (StR Weber), 2 Enthaltungen und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Stimmführer der Stadt Biberach im Gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Biberach wird beauftragt, gemäß den Beschlussanträgen in Drucksache Nr. 182/2013 abzustimmen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 188/2013 zur Beschlussfassung vor.

Zum Thema ging ein Antrag der FDP-Fraktion mit Schreiben vom 18.10.2013 ein, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

OB Zeidler gibt den Inhalt des Antrags wider.

StR Abele erinnert daran, bereits im Februar habe die CDU-Fraktion einen Antrag zur energiepolitischen Offensive eingebracht, und habe sich über die Zustimmung im Gemeinderat gefreut. Seither habe sich in der Verwaltung aber nicht viel getan. Die CDU-Fraktion wolle das Thema forcieren und habe daher eine Bürgerversammlung beantragt. Gewünscht sei aber auch ein breiterer Ansatz zum Thema Energiewende. Es sei in Ordnung, wenn erst im ersten Quartal 2014 eine Bürgerversammlung stattfinde, dies solle aber nicht zum Ende des Quartals sein. Das Thema „Nachhaltige“ Stadt müsse aufgegriffen werden. Es sei kein gutes Signal, wenn die Stadt mit der EnBW nicht spreche, die vor Ort ihren Regionalsitz habe. Daher solle man auch sie in der Bürgerversammlung zu Wort kommen lassen.

OB Zeidler weist darauf hin, dass man bereits für den 13.03.2014 eine Bürgerversammlung terminiert habe.

StRin Kübler bezeichnet die lokale Energiewende als gutes Thema für die nächste Bürgerversammlung. Transparenz sei in diesem Bereich sehr wichtig und es existierten noch einige Informationslücken. Es sei aber nicht so, dass Energie in der Stadt keine Rolle spiele. Beispielsweise existiere die AG Energie im Rahmen von Biberach 21, die auch eine gute Homepage habe. Überdies existiere die Aktion Ökoprofit. Es habe sich daher einiges getan, nur gerate vieles in Vergessenheit. Mit dem European Energy Award habe man Ziele definiert, die leider bei der Beschlussfassung etwas verwässert worden seien. Unter anderem habe man nur Soll-Bestimmungen beschlossen. Nun solle Tempo gemacht werden, wie die CDU-Fraktion erklärt habe. Dies freue die SPD-Fraktion, die dies schon lange gefordert habe. Sie nennt beispielhaft einige SPD-Forderungen und konkrete Vorschläge, die ihre Fraktion gemacht habe.

Die Energiewende treibe fast jeden in der Stadt um, meint StR Heinkele. Daher müsse dieses Thema aufgenommen und weiterentwickelt werden. Die Freien Wähler sähen auch den FDP-Antrag positiv, denn die Frage, inwieweit das Thema „Nachhaltige Stadt“ schon koordiniert sei und wie es den Bürgern so vermittelt werden könne, dass sie auch einen konkreten Nutzen davon hätten, sei wichtig.

Die Energiewende sei in aller Munde und auf allen Ebenen Thema meint StR Späh. Auch bei der EnBW sei viel im Fluss und man sollte die Themen European Energy Award und „Nachhaltige Stadt“ zusammen denken. Er zeigt sich etwas skeptisch gegenüber der CDU-Fraktion, die früher kritisch zum Thema eingestellt gewesen sei. Die Grünen freuten sich aber über deren Sinneswandel. Den FDP-Antrag bezeichnet er als richtig. Man benötige als Gemeinderat Informationen und müsse auch die EnBW mitnehmen, von der er den Eindruck habe, dass sie sehr offen für das Thema sei.

StR Funk bemerkt, nach Meinung der FDP könne eine Energiewende nur europaweit gelingen. Dennoch werde der Gemeinderat gefordert sein, Entscheidungen zu fällen. Er äußert die Vermutung, das Energieeinspeisegesetz werde geändert. Daher benötige der Gemeinderat Informationen, wie das Projekt zum Beispiel in Leutkirch laufe. Die Aussage von OB Zeidler, dass vor der Kür die Pflicht stehe, habe ihm gefallen und er meine dies auch bezogen auf die e.wa riss. Um die „Nachhaltige Stadt“ beurteilen zu können, benötige man Informationen dazu, was gemacht worden sei und wie nachhaltig dies sei.

OB Zeidler führt aus, die Debatte erwecke etwas einen falschen Eindruck als hätte die Stadt das Thema verschlafen. Er erinnert an den Gemeinderatsbesuch in Lörrach, eine Stadt die den European Energy Award in Gold habe. Bei diesem Besuch habe man die Erkenntnis gezogen, dass Biberach die genannten Themen längst alle umsetze. Dennoch sei auch in Biberach mehr möglich. 2010 sei man in den European Energy Award eingestiegen und der Prozeß werde von der Energieagentur professionell begleitet. Von den Nachhaltigen Kommunen sei nur Leutkirch in beiden Projekten aktiv. Mit eCO2centric habe man aktuell schon die Hochschule im Boot. Die Verhandlungen mit der EnBW zur neuen Geschäftsentwicklung der e.wa riss seien am Laufen. Ehe man aber Cha-Cha-Cha tanze, müssten die Grundlagen stehen. Wie nachhaltig das EnBW-Projekt sei, könne auch hinterfragt werden und ob in fünf Jahren noch jemand darüber spreche. Über den European Energy Award werde dies sicher der Fall sein. Er mahnt, sich nicht zu verzetteln, da dies Kapazität binde. Er bezeichnet es aber als richtig, dass es in Biberach zum guten Ton gehöre, mit der EnBW zusammen etwas zu tun. Zum FDP-Antrag meint er, er könne gerne Herrn Reck in eine der nächsten Sitzungen einladen.

StRin Kapfer hat eine pragmatische Frage zum geplanten Energietag, der aufgrund schlechter Witterung abgesagt worden sei, obwohl letztlich das Wetter schöner als prognostiziert und viele Veranstaltungen geplant gewesen seien, die auf jeden Fall hätten stattfinden können.

Herr Maucher widerspricht dem. Die Wetterprognose sei am Freitag katastrophal gewesen und nur aufgrund eines Föhneinbruchs letztlich besser gewesen. Fast alle Maßnahmen hätten bei schlechtem Wetter nicht stattfinden können.

StR Abele gibt OB Zeidler recht bezüglich der Informationsfahrt nach Lörrach. Die Intention des Antrags sei aber auch nicht gewesen die Situation so darzustellen, als würde zu diesem Thema in Biberach nichts geschehen. Man vergebe sich jedoch nichts, wenn man die Öffentlichkeit stärker mitnehme. Die aktuelle Situation mit der EnBW müsse man von dieser Thematik loslösen.

Der Antrag der CDU-Fraktion sei insofern modifiziert zu sehen, dass auch die Ergebnisse des European Energy Awards in der Bürgerversammlung mit vorgestellt werden sollten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Am 13. März 2014 wird eine Bürgerversammlung zum Thema "Lokale Energiewende" durchgeführt.**
- 2. Gemäß dem Antrag der FDP-Fraktion vom 18.10.2013 wird im Vorfeld der Gemeinderat durch einen Vertreter der EnBW über die bisherigen Maßnahmen und Ergebnisse zum Thema „Nachhaltige Stadt“ der Stadt Leutkirch informiert.**

- 3. In der Bürgerversammlung werden die Themen European Energy Award, Nachhaltige Stadt und eCO2centric abgehandelt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 189/2013 zur Beschlussfassung vor.

StR Abele zeigt sich mit der Vorlage nicht zufrieden und meint, die Intention des CDU-Antrags sei nicht erkannt. Man wolle die Aktivität nicht auf die Stadtputzede beschränken, sondern auch niederschwelligere Angebote machen. Dies bedeute auch nicht, dass Biberach schmutzig sei und das Baubetriebsamt keine gute Arbeit leiste. Vielmehr wolle man die Bürger stärker einbinden. Dies könnten Maßnahmen wie ein Stadtrundgang mit den Bediensteten im Handreinigungsdienst, Kehrmaschinenfahrten oder eine Wanderausstellung in Schulen sein. Man wolle keine Möglichkeit ausblenden. Eventuell könne man auch Teile der Stadt von einer Firma pflegen lassen und dies durch die Aufstellung eines Werbeschildes entlohnen und dadurch beim Baubetriebsamt Kapazität für anderes frei machen. Er bittet über die CDU-Anträge und nicht nur über die Vorlage abstimmen zu lassen.

StR Keil meint, mit den Anträgen werde etwas Falsches kommuniziert. Die SPD-Fraktion wollte das Baubetriebsamt immer so aufgestellt und ausgerüstet, dass ihm die Arbeit leichtgemacht werde. Der CDU-Antrag könnte den Eindruck vermitteln, dass an der Sache vorbei agiert werde. Dabei verkenne man nicht, dass es Probleme gebe, beispielsweise im Zusammenhang mit Fast-food oder bei den Wertstoffsammelstellen und in manchen Regionen bei Spielplätzen. Eine Stadtputzede sollte eine bürgerschaftliche Sache sein und da Erwachsene mehr für die Vermüllung verantwortlich zeichneten, sollten sie auch bei Stadtputzeden beteiligt werden. An den Schulen finde schon viel Bewusstseinsbildung zum Thema statt. Er meint, mehr Zivilcourage wäre erforderlich und hilfreicher als Broschüren. Sanktionen seien unvermeidlich. Er bringt in diesem Zusammenhang die „Rote Karte“ ins Spiel. Sinnvoll wären auch öffentliche Berichterstattungen über Vermüllung und mit welchen Sanktionen gerechnet werden müsse. Als Hauptursache der Verschmutzung nennt er Gedankenlosigkeit, weshalb man diese mit guten Gedanken bekämpfen müsse.

StRin Goeth meint, eine saubere Stadt sei von allen gewollt und man ärgere sich über Unrat. Vorträge, Broschüren oder Ausstellungen brächten nach Meinung der Freien Wähler aber nichts, da man die Zielgruppe durch derartige Aktionen nicht erreiche. Auch Zivilcourage habe ihre Grenzen. Die Stadt habe wirkungsvolle Maßnahmen eingeleitet und hierbei die volle Unterstützung der Freien Wähler. Gegenüber dem zweiten Antrag der CDU-Fraktion zur Pflege des öffentlichen Grüns äußert sie das Erstaunen der Freien Wähler, die immer stolz auf die städtischen Grünanlagen seien. Ausreißer gebe es allenfalls in Einzelfällen wie aktuell an der Ulmer Straße. Patenschaften seien in Ordnung, sie seien aber beispielsweise was die Blumenkübel auf dem Marktplatz betreffe wegen des Markts gescheitert. Die Freien Wähler lehnten die CDU-Anträge in der aktuellen Form ab, da sie nicht als zielführend eingestuft würden.

StR Dr. Schmid signalisiert die Zustimmung der Grünen zu den Verwaltungsanträgen. Alle seien für Sauberkeit, der CDU-Antrag sei aber problematisch und der Zeitpunkt nicht anlassbezogen. Insgesamt sei Biberach eine sehr geordnete, saubere Stadt.

StR Funk führt aus, er habe schon lange vor der Bundestagswahl diese Art von Anträgen stark kritisiert. Die FDP-Fraktion sage klar nein zu den Anträgen. Er bezeichnet sie als reine Arbeitsbe-

schaffungsmaßnahme für die Verwaltung. Wer ihnen zustimme habe nicht erkannt, dass andere wichtige Aufgaben von der Verwaltung erledigt werden müssten.

StR Abele erwidert, es gehe nicht um Arbeitsbeschaffung oder den Kommunalwahlkampf. Vielmehr greife die CDU-Fraktion Themen auf, die an sie herangetragen würden und bringe sie in den politischen Entscheidungsprozess ein. Er gibt Recht, dass mit Vorträgen Vandalismus nicht verhindert werden könne. Eventuell könne man aber durch Kurse beispielsweise zum Thema Zivilcourage Unterstützung anbieten. Im übrigen habe seine Fraktion nur Beispiele und Ideen genannt. Gleiches gelte für die Pflege öffentlicher Grünanlagen. Wenn Patenschaften nicht umsetzbar seien, müsse man zumindest darüber nachdenken, wie bestimmte Aufgaben von der Verwaltung in die Bürgerschaft zurückgegeben werden könnten. Natürlich sei die Stadt in weiten Teilen sauber und das Baubetriebsamt erbringe einen "bomben Job".

StR Kolesch zeigt sich enttäuscht von der Diskussion. Die Unterstellung von Wahltaktik finde er fast infam. Bereits im Jahr 2000 habe die CDU-Fraktion den Antrag „Sauberes Biberach“ eingebracht und aus ihm sei sehr viel entstanden. Beispielsweise habe sich die Stadtputzede etabliert. Die CDU-Fraktion habe zum Thema immer wieder Anträge gestellt, beispielsweise im Rahmen des Straßenreinigungsberichts. Er meint, das Baubetriebsamt wäre erfreut über mehr Sensibilität in und Unterstützung aus der Bevölkerung. Die Bevölkerung sollte nicht nur tadeln, sondern das Thema als das Ihre ansehen.

Anschließend wird über die CDU-Anträge abgestimmt. Der Antrag "Mehr Sensibilität für Sauberkeit" wird mit 11 Ja-Stimmen und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag "Pflege des öffentlichen Grüns in der Stadt" wird mit 11 Ja-Stimmen und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.

Dann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Bei der Sensibilisierung für mehr Sauberkeit in der Stadt wird verstärkt auf das Instrument der Stadtputzede gesetzt.**
- 2. Die Pflege des öffentlichen Grüns wird wie bisher auf hohem Niveau fortgeführt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 183/2013 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch bezeichnet eine geordnete Stadtentwässerung mit als höchsten Beitrag zum Umweltschutz. Die Stadt Biberach sei hier auf sehr hohem Niveau unterwegs und mit weiteren Investitionen werde sich die Situation noch verbessern.

Zur Darstellung äußert er die Bitte, künftig eine Tabelle mit den Soll- und Ist-Werten anzufügen, um die Lesbarkeit zu vereinfachen.

Er fragt, wie sich die Überdeckung mittelfristig auf die Abwasserbeiträge auswirke.

Das Vorgehen in der Kolpingstraße bezeichnet er als sehr gut. Gleiches gelte für die Vor-Ort-Versickerung im Baugebiet Hochvogelstraße und dass man schon die Erschließungsplanung für das Gebiet der Sana-Klinik angehe.

Die Personalsituation bezeichnet er als sehr problematisch. Vor einem Jahr habe man der Schaffung von 1,55 Stellen zugestimmt, da glaubhaft ein Mangel nachgewiesen worden sei und dieser Bereich dem Gemeinderat am Herzen liege. Es sei daher unverständlich, dass dieser Beschluss nicht umgesetzt worden sei und der Aufgabenberg immer größer werde.

StR Dr. Nuding führt aus, alle Bauteile, die im Boden vergraben würden, trügen zur Zivilisation bei. Er bittet darzulegen, warum die Abschlagszahlungen voraussichtlich höher würden. Auch er äußert Unverständnis, warum die bewilligten Stellen nicht besetzt wurden.

StR Heinkele zeigt sich angetan von der Vorlage. Die Stadt sei sehr gut für anstehende Aufgaben gerüstet. Kritisch sähen die Freien Wähler auch die Personalsituation.

StRin Sonntag meint, das Thema sei von den Vorrednern ausreichend dargestellt worden. Ihr sei nur die Personalknappheit aufgefallen und sie erinnert daran, dass man in der vorangegangenen Sitzung über 100 000 Euro Wenigerausgaben bei den Personalkosten informiert worden sei.

EBM Wersch stellt klar, die Personalkosteneinsparung bei der Stadt habe mit dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung nichts zu tun.

BM Kuhlmann führt zur Personalsituation aus, vor knapp einem Jahr habe man vorgeschlagen, zwei Mitarbeiter, die bisher beim Tiefbauamt mit Erschließungsbeiträgen beschäftigt seien, auf den Eigenbetrieb Stadtentwässerung auszugliedern. Ziel sei Januar 2013 gewesen. Dies habe man nicht umsetzen können, da die erforderlichen Kapazitäten für die Erschließungsbeitragsabrechnung beim Liegenschaftsamt nicht geschaffen worden seien. Jetzt seien die Stellen ausgeschrieben und er gehe mit der neuen Amtsleitung des Amts für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften davon aus, dass die Personalverschiebung bald umgesetzt werden könne.

Herr Rechmann lässt auf Frage wissen, die Betriebskostenumlage in Höhe von 133 000 Euro resultiere aus verschiedenen Faktoren wie beispielsweise geringeren Unterhaltungs- und Betriebskosten. Die Abschlagszahlungen würden voraussichtlich höher, da sie von zwei Faktoren abhingen,

wobei die Höhe des Frischwasserverbrauchs nicht vorhersehbar sei. Den Bewohnern von Hofen habe man sechs Monate Frist gesetzt, um die bisherigen Gruben bzw. Kleinkläranlagen außer Betrieb zu nehmen.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 186/2013 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen 1 und 2 von Drucksache Nr. 186/2013 aufgeführten Spenden werden angenommen.

TOP 9.1	Bekanntgaben - Geschwindigkeitshinweise auf Fahrbahnen	AT 19/2013
TOP 9.2	Bekanntgaben - Antrag zur Drucksache Nr. 174/2013 und 175/2013 - Märkte	AT 23/2013
TOP 9.3	Bekanntgaben - Grundsteuersenkung - Antrag der FDP-Fraktion vom 04.10.2013	AT 24/2013
TOP 9.4	Bekanntgaben - Zebrastreifen in der Birkendorfer Straße zum Kindergarten Alleenstraße - Antrag der SPD-Fraktion vom 07.10.2013	AT 25/2013

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 bis 4** angeschlossenen Anträge AT 19/2013, AT 23/2013, AT 24/2013 und AT 25/2013 zur Bekanntgabe vor.

EBM Wersch weist darauf hin, es handle sich nur um die öffentliche Bekanntgabe der Anträge. Es lägen noch keine schriftlichen Antworten vor. Dies bedürfe noch der Bearbeitung. Die Anträge würden im weiteren Verlauf in den Gremien behandelt.

TOP 10.1 Verschiedenes - Lärmaktionsplan

StR Späh erkundigt sich nach dem Verfahrensstand zum Lärmaktionsplan und verdeutlicht, die Grünen hätten ihren Antrag zu Temporeduzierungen nur mit Hinweis auf die Untersuchung im Rahmen des Lärmaktionsplans zurückgestellt.

BM Kuhlmann lässt wissen, für November oder Dezember sei zum Thema eine Vorlage geplant.

TOP 10.2 Verschiedenes - Sperrzeiten der Außenbewirtung

StRin Kapfer bringt vor, bei Berichten über die Sperrzeiten von Außenbewirtungen sei sieben Mal 22 Uhr genannt worden. Dies sei ihres Wissens falsch und richtig wäre 23 Uhr.

OB Zeidler erwidert, es gebe unterschiedliche Regelungen. Dies werde geprüft und Frau Kapfer mitgeteilt.

Gemeinderat, 21.10.2013, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Zeidler
Stadtrat:	Hagel
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann